LEITARTIKEL

Nicht mehr als ein Zweckbündnis

Olaf Scholz und Emmanuel Macron bemühen sich wenig erfolgreich um ein Zeichen der Einigkeit

EVA QUADBECK
ksta-politik@
kstamedien.de

Die freundlichen Worte zum Jahrestag des Élysée-Vertrags können nicht darüber hinwegtäuschen: In der Amtszeit von Olaf Scholz ist das deutsch-französische Verhältnis auf einen Tiefpunkt gesackt. Das ist ein dramatischer Befund, in einer Zeit, in der die EU dringend inneren Zusammenhalt braucht. Dafür ist eine stabile Achse der beiden größten europäischen Nationen zwingend. Europa braucht diesen Zusammenhalt im Kampf für eine freie Ukraine, im Wettbewerb mit dem systemischen Rivalen China und nun auch im Umgang mit dem herausfordernden Partner USA während der zweiten Amtszeit von Donald Trump.

Das Schicksal der Ukraine, die drohenden Zölle, Nahost, das aufgekündigte Klimaabkommen, der Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation – auf Europa rollt eine Welle an neuen, vermutlich sehr teuren Schwierigkeiten zu. Dass die Regierungen in Paris und Berlin ausgerechnet in dieser Lage labil dastehen, ist eine Gefahr für die Europäische Union insgesamt.

Während Scholz' Regierungszeit war Deutschland stets Wackelkandidat, statt Sicherheit zu geben

Unwucht im deutsch-französischen Verhältnis kann sich Europa schlicht nicht leisten. Das wissen natürlich auch der deutsche Kanzler und der französische Präsident. Daher bemühten sie sich an diesem Jahrestag der deutsch-französischen Freundschaft, ihre Meinungsverschiedenheiten nicht allzu offen zutage treten zu lassen und stattdessen ein gemeinsames Zeichen der europäischen Souveränität auszusenden. Das gelang bei ihrem Treffen in Paris nur mittelgut.

Und ein Signal macht noch keine Strategie. Wenn Europa aus dem Beschwören seiner Werte nicht endlich die Stärke erwachsen lässt, diese Werte politisch, ökonomisch und militärisch verteidigen zu können, dann kann der in anderen Teilen der Welt als „alt" verspottete Kontinent einpacken.

Scholz und Macron ist es allerdings nicht gelungen, mit einer gemeinsamen abgestimmten Führung die Grundlage für eine neue Stärke Europas zu legen. Im Gegenteil: Die beiden Männer, die beide als Anführer ihrer Nationen gescheitert sind, haben den Rest der EU mit ihren vielen Differenzen eher verunsichert. Beide standen enorm unter innenpolitischem Druck. Beiden sitzen die Rechtspopulisten im Nacken, die jede internationale Solidarität sogleich als Verrat an der eigenen Nation ausschlachten. Das macht das europäische Geschäft umso schwerer.

Es waren aber nicht nur die Umstände, die dafür gesorgt haben, dass Scholz auf dem europäischen Parkett keinen guten Ruf genießt. Während sich in Deutschland mehrheitlich weder die CDU noch die Bevölkerung nach Angela Merkel zurücksehnt, wird sie in Brüssel vermisst. In Paris offensichtlich auch. Macron ließ es sich nicht nehmen, neben Scholz stehend lobend zu erwähnen, wie er mit Merkel die deutsch-französische Freundschaft vorangebracht hat. Scholz, der freilich nur drei Jahre Zeit hatte, konnte weder was sein Wirken für den europäischen Zusammenhalt betrifft noch als Vertreter der EU nach außen an seine Vorgängerin anknüpfen. Im Gegenteil: Während seiner Regierungszeit war Deutschland stets Wackelkandidat, statt Sicherheit zu geben. Das „German Vote" ist in den drei Ampeljahren zum geflügelten Wort in Brüssel geworden. Immer wieder hat der eine Ampelpartner Hü und der andere Hott gerufen hat. Peinlich für Deutschland. Es wäre der Job des Kanzlers gewesen, das zu verhindern.

Groß war in Europa auch die Enttäuschung, dass Scholz seine viel beachtete und politisch instinktsichere Zeitenwenden-Rede in den Monaten und Jahren danach aus Sicht vieler Europäer zu zaghaft mit Leben gefüllt hat. Deutschland war zwar nicht der schnellste Waffenlieferant, ist über die drei Jahre aber der größte. So eine Verlässlichkeit kann mehr helfen als große Worte und Konferenzen. Der deutsch-französische Schulterschluss ist dennoch notwendig.

KOMMENTAR

Eiskalt und nicht moralisch

Grüne versagen im Umgang mit Belästigungsvorwurf

MARKUS DECKER
ksta-politik@
kstamedien.de

Die Grünen wollen sich das Moralisieren eigentlich abgewöhnen. Trotzdem gibt es keinen Parteitag, auf dem nicht immer wieder zwei Wörter bemüht würden. Da ist zunächst das Wort „Haltung". Es soll signalisieren, dass die jeweils eigene Meinung auf Werten beruht, die man nicht preisgibt. Das andere ist „Verantwortung". Das suggeriert, dass es der politischen Konkurrenz an beidem fehle. Die Selbstüberhöhung führt zu einer Fallhöhe, die es bei anderen Parteien so nicht gibt. Der Fall des grünen Bundestagsabgeordneten Stefan Gelbhaar ist dafür ein Beispiel. Hier sind die Grünen abgestürzt.

Das beginnt schon mit der Nominierung des 48-Jährigen zum Bundestagskandidaten Mitte November – mit sage und schreibe 98,4 Prozent der Stimmen. Dabei stand Gelbhaar in grünen Kreisen bereits damals in dem Ruf, sich gegenüber Frauen wenn nicht physisch übergriffig, so doch mindestens grenzwertig verhalten zu haben. Dass Gelbhaar dennoch nominiert wurde: Was sagt das unter dem Gesichtspunkt „Haltung und Verantwortung" über ihn und seine Partei aus? Nichts Gutes.

Desaströs ist, was danach geschah. Nicht nur, dass einer der gegen Gelbhaar erhobenen Belästigungsvorwürfe fingiert war, um seine Wahl für die Landesliste zu verhindern und später seine Abwahl als Direktkandidat herbeizuführen. Es entsteht der Eindruck, dass die Vorwürfe überdies gezielt zu einem Zeitpunkt lanciert wurden, der keine Gelegenheit mehr für Aufklärung und Gegenwehr gab. Hinterhältiger geht es kaum.

Der Grünen-Landesverband Berlin gilt seit Langem als Hochburg der Intrige. Und die Bundesgeschäftsstelle sorgt nicht für Aufklärung. Es bleibt im Dunkeln, was Gelbhaar nun eigentlich zur Last gelegt wird – und in welchem Verhältnis die Urheberin der Intrige zu den sieben anderen Frauen steht, die an ihren Vorwürfen festhalten. Beides ist entscheidend, nicht zuletzt für tatsächliche Opfer von Übergriffen oder sexualisierter Gewalt. Die Grünen sind nicht moralisch – jedenfalls nicht so, wie sie es demonstrieren. Sie sind so professionell, dass ihre Professionalität in Kälte umschlägt.

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Kraftquellen für die Zukunft

Mit der 2000-jährigen Geschichte ihrer Stadt, dem sozialen Zusammenhalt und dem Karneval sind Kölnerinnen und Kölner deutlich im Vorteil

STEPHAN GRÜNEWALD
ist Geschäftsführer des
Kölner „rheingold"-Instituts.
In seiner Kolumne befasst er sich
aus psychologischer Sicht
mit gesellschaftlich relevanten Themen

Zuversicht? Im Ernst? Woher sollte die kommen in einem Moment, in dem Donald Trump wieder im Oval Office sitzt und alles kurz und klein schlägt, worauf sich die Hoffnung auf eine gedeihliche Zukunft des Planeten, und einer rechts- und wertebasierten internationalen Ordnung gründen könnten?

Es ist misslich, dass die Verfassung der Vereinigten Staaten die Amtseinführung des Präsidenten auf den 20. Januar festlegt. Mitten im Winter, wenn die individuelle und die gesellschaftliche Stimmungskurve gerade auf einem Tiefpunkt ist. Wir haben besonders in der Corona-Zeit gemerkt, wie sehr der Rhythmus der Jahreszeiten unser Lebensgefühl und unsere Wahrnehmungen beeinflusst. Deshalb versichere ich: Schon in wenigen Wochen, wenn die Tage länger werden und wir uns die Frühlingssonne im Freien gönnen, wird die Welt anders aussehen. Diese himmlischen Tröstungen spenden Kraft und neuen Lebensmut, und sie sind auch ein Zuversichts-Booster.

Man spannt Vorhang vor den Problemberg, damit er aus dem Blick gerät. Wer sich aber selbst die Sicht nimmt, verbaut sich auch die Zuversicht

Dazwischen liegt in Köln auch noch der Karneval. Jetzt bitte nicht gleich die Augen verdrehen! Karneval ist in eminenter Weise ein Fest der Zuversicht. Es zeigt uns: Wir sind nicht festgetackert und allein, wir können uns verwandeln und verbinden. Und wenn wir davon ausgehen, dass wir alle „ein bisschen jeck" sind, dann relativiert das auch unsere oft überzogenen Ansprüche an uns selbst. Denn der Perfektionswahn, der einem ständig ein Gefühl des Ungenügens gibt, zieht uns herunter und erstickt die Zuversicht.

Überhaupt haben Menschen aus Köln und der Region einen großen Vorteil in puncto Zuversicht: Diese speist sich nach allem, was wir aus unseren tiefenpsychologischen Studien wissen, aus sozialem Zusammenhalt. Wenn man Sorgen und Probleme hat, braucht man andere, mit denen man sich austauschen kann; die einem das Gefühl geben, dass sie einen wertschätzen und einen nicht alleinlassen. Und da hat Köln über die Veedel, die Vereine, die Kneipenkultur viel zu bieten. Vor allem das gemeinsame Singen ist als soziale Kraftquelle nicht zu unterschätzen – ob im Karneval oder im Advent, wenn im Rheinenergie-Stadion 50.000 Menschen voller Inbrunst „Weihnachtsleeder singe". Eine solche Über-einstimmung gibt in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft Hoffnung und Zuversicht.

Die Gesellschaft krankt im Moment daran, dass die Menschen nicht mehr miteinander ins Gespräch kommen. Das haben wir auch in unserer „rheingold"-Jugendstudie herausgestellt. Schon die jungen Leute haben ständig das Gefühl: Wenn ich irgendwo offensiv meine Position vertrete, dann mache ich mich angreifbar, dann werde ich gecancelt, also setze ich lieber die Tarnkappe auf oder verschanze mich in meiner Peergroup. Für eine lebendige Demokratie ist das Gift. Für eine positive Weltsicht auch.

Zuversicht kann man als Kölner oder Kölnerin auch aus der 2000-jährigen Geschichte dieser Stadt ziehen. In meinem Büro hängt ein Bild des Malers Harald Klemm: Er hat eine Ansicht des vom Krieg fast völlig zerstörten Köln in ein gelbgoldenes Licht getaucht – Goldgelb als Farbe der Hoffnung. Das illustriert eine über die Zeiten hinweg gewachsene und weitergegebene Erfahrung: Aus den Ruinen Kölns ist Neues entstanden – eine Stadt, die zwar nicht überall schön ist, aber meist höchst lebenswert.

Viele Menschen haben heute das Gefühl: Die Probleme sind so komplex, dass es keinen Anpack gibt – und niemanden, der den ungeheuren Berg an Aufgaben abtragen könnte. Die Folge dieses Machbarkeitsdilemmas ist oft Verdrängung: Man spannt einen Vorhang vor den Problemberg, damit er aus dem Blick gerät. Wer sich aber selbst die Sicht nimmt, verbaut sich auch die Zuversicht.

Die Probleme, auf die man nicht schauen will, wabern hinter dem Verdrängungsvorhang weiter und wirken mit ihrem Schattenspiel umso schemenhafter und grotesker. Deshalb muss der Problemvorhang fallen – je eher, desto besser. Das ist auch der Appell an eine Politik, die die Probleme nicht klar benennt, sondern die Menschen in dem trügerischen Gefühl der Sicherheit wiegt, es könne irgendwie doch alles so weitergehen wie bisher.

Zuversicht entsteht im Tun. Das Musterbeispiel ist die Energiekrise vor zwei Jahren. Da war klar, wie jeder und jeder mithelfen konnte: weniger heizen, Strom sparen. Daraus entstanden Gemeinschaftsgeist, eine kollektive Bewegung, die den Einzelnen das Gefühl von Selbstwirksamkeit vermittelt und am Ende 20 Prozent Energie eingespart hat.

Selbstwirksamkeit ist ganz generell eine wesentliche Quelle der Zuversicht. Für eine Studie zur Bedeutung des Ehrenamts haben wir mit zwei Gruppen von Menschen gesprochen: solchen, die sich ehrenamtlich engagieren, und solchen, die das nicht tun. Ein zentraler Befund: Menschen mit Ehrenamt sind zuversichtlicher. Selbst wenn sie in Sozialstationen, Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen mit existenziellem Elend, Not und Tod konfrontiert sind, macht das Gefühl sie stark: Das gehört zum Leben, davor muss man keine Angst haben. Wenn man sich so dem Leben mit seiner Schicksalhaftigkeit und seinen Wechselfällen stellt, erwächst daraus der Optimismus, dass es weitergeht, dass es wieder gut werden kann.

Aufgezeichnet von
Joachim Frank

Karneval sagt uns: Wir können uns verwandeln und verbinden. Foto: picture alliance / dpa

KOMMENTAR

Trumps Gespür für Chancen

Investitionen in Künstliche Intelligenz setzen Europa unter Druck

ANDREAS NIESMANN

Donald Trump will es nun wissen: Der neue US-Präsident macht die Weiterentwicklung der künstlichen Intelligenz (KI) zur Chefsache und treibt das Thema mit Macht und Milliarden voran. Die USA sollen nicht nur eine, sondern die KI-Supermacht der Welt werden – mit Abstand vor China, den Golfstaaten und natürlich Europa, so lautet das erklärte Ziel.

Trump nimmt dafür eine Reihe von Risiken in Kauf. Gefahren der neuen Technologie blendet er aus, genauso wie die drohende Machtkonzentration seiner milliardenschweren Investoren. Und auch die Frage, wo all die Energie für die gewaltigen Rechenzentren herkommen soll, interessieren den neuen starken Mann im Weißen Haus nicht. Trump handelt nach der Devise: Investitionen first, Bedenken second.

Man kann das alles für schwer erträglich halten. Den Größenwahn, die Schaumschlägerei oder den Ansatz, mit einer Handvoll treu ergebener Milliardäre Industriepolitik zu machen – auf dass er schnelle politischer Erfolge verbuchen kann und sie immer reicher werden. Was man allerdings nicht kann, ist, Trump das Gespür dafür abzusprechen, welche Bereiche der Wirtschaft über den Wohlstand künftiger Generationen entscheiden.

Der neue US-Präsident nimmt eine Reihe von Risiken in Kauf

Während Deutschland über lebenserhaltende Maßnahmen für seine sterbende Stahlindustrie diskutiert und die Europäische Union bei neuen Technologien immer zuerst auf das Risiko schaut, sieht Trump beim Einsatz von KI vor allem Chancen. Und er setzt eine Menge darauf. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass die USA in der Folge sowohl für Unternehmen als auch für Talente das Maß aller Dinge in Sachen KI werden – zumindest in der westlichen Hemisphäre.

Europa, das die Technologie stärker reguliert als alle anderen Regionen der Welt, wird auf Trumps Offensive reagieren müssen, wenn es nicht komplett den Anschluss verlieren will. Viel Zeit bleibt dafür nicht.

KÖLNER STADT-ANZEIGER MEDIEN
Ein DuMont Unternehmen

KÖLNER STADT-ANZEIGER

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont †, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Gerald Selch.
Stellvertreter des Chefredakteurs: Christian Hümmeler.
Stellvertretende Chefredakteurin: Dr. Sarah Brasack.
Leitende Redakteure: Wolfgang Wagner (Politik), Kendra Stenzel (Digitales), Gerhard Voogt (Landespolitik).
Chefkorrespondent: Joachim Frank.
Region: Michael Greuel.
Köln: Tim Attenberger, Hendrik Geisler; **NRW/Story:** Maria Dohmen; **Wirtschaft:** Thorsten Breitkopf; **Sport:** Christian Löer; **Kultur:** Anne Burgmer; **Chefreporter:** Peter Berger, Claudia Lehnen, Detlef Schmalenberg.
Chef vom Dienst: Nicolas Krizsak.
Produktionssteuerung: Florian Summerer;
Zeitungsproduktion: Julian Preuten.
Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.

Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Sven Christian Schulz; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.

Nachrichtenagenturen: dpa, afp, sid, kna

E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de

Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.

Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Geschäftsführung: Christian Hümmeler.
Das Bezugsgeld enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.

Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 27 vom 1. Januar 2025 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Druck: Mittelrhein-Verlag GmbH, Mittelrheinstr. 2-4, 56072 Koblenz
Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung.koeln

Anzeigen-Service
Verantwortlich: Oliver Siegert.
Tel. 0221 / 92586410, Fax 02 21 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen@tageszeitung.koeln

Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt

Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de